01|22

# Zukunft Hessen

Ein Magazin der SPD-Landtagsfraktion

SICHERHEIT

14
**Wir befinden uns ständig wie unter einem Brennglas**
Ein Interview mit Jens Mohrherr

16
**Eskalation von Hass und Gewalt lassen wir nicht zu**
Ein Interview mit Nancy Faeser

19
**Menschen im Fadenkreuz**
Gesprächsprotokolle

6
**Rechte Gefahr**
Die Bedrohung unserer Freiheit und Demokratie

30
**Ratgeber**
Sicher durch die dunkle Jahreszeit

ULRIKE ALEX

ELKE BARTH

CHRISTOPH DEGEN

TOBIAS ECKERT

KARINA FISSMANN

KERSTIN GEIS

STEPHAN GRÜGER

GERNOT GRUMBACH

TANJA HARTDEGEN

KARIN HARTMANN

NINA HEIDT-SOMMER

HEIKE HOFMANN

# Die Abgeordneten im Hessischen Landtag

BIJAN KAFFENBERGER

ESTHER KALVERAM

GERALD KUMMER

ANGELIKA LÖBER

HEINZ LOTZ

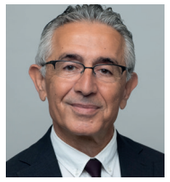
REGINE MÜLLER

DR. DANIELA SOMMER

OLIVER ULLOTH

SABINE WASCHKE

MARIUS WEISS


TURGUT YÜKSEL

NADINE GERSBERG

LISA GNADL

RÜDIGER HOLSCHUH

KNUT JOHN

GÜNTER RUDOLPH

FLORIAN SCHNEIDER





**Liebe Leserin, lieber Leser,**

Sicherheit ist ein allumfassender Wert, der vom Schutz vor Taschendiebstahl bis zu der Gewissheit reicht, in unserem Land ohne Zukunftsangst leben zu können. Soziale Sicherheit ist deswegen von jeher ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie.

Aber natürlich ist, wenn über die Sicherheit im Land gesprochen wird, zunächst die körperliche Unversehrtheit jedes und jeder Einzelnen gemeint und der Schutz vor jeglicher Form des Verbrechens. Dies sicherzustellen, ist die Aufgabe des Staates, der den Menschen verspricht, dass sie in Sicherheit leben können, und der dafür eine Vielzahl von Behörden mit Hunderttausenden von Bediensteten unterhält.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser – eine Hessin, auf die wir stolz sind – hat bei ihrer Amtseinführung im vergangenen Dezember festgestellt, dass eine der größten Gefahren für die Sicherheit in Deutschland derzeit der Rechtsextremismus ist. Dieser Einschätzung schließe ich mich vorbehaltlos an.

Die vorliegende Ausgabe von Zukunft Hessen hat hauptsächlich den Rechtsextremismus und den Kampf dagegen zum Thema. Denn das menschenfeindliche Gedankengut der Rechtsextremen, ihr Hass auf den demokratischen Rechtsstaat und ihre Verachtung für unsere freiheitliche Gesellschaft stellen das friedliche Zusammenleben in unserem Land in Frage. Zu viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in den zurückliegenden Jahren Opfer von rechter Gewalt geworden – die Opfer der rechtsterroristischen Anschläge von Hanau und Halle ebenso wie der Regierungspräsident von Kassel Dr. Walter Lübcke. Sie alle mahnen uns, nicht wegzuschauen, sondern unsere Demokratie und unsere weltoffene Gesellschaft Tag für Tag in Wort und Tat zu verteidigen.

**Mit freundlichen Grüßen**

Foto: Peter Jülich

**GÜNTER RUDOLPH**
MdL und Fraktionsvorsitzender des Hessischen Landtages

# Der neue SPD-Fraktionsvorstand im Hessischen Landtag

Die hessische SPD-Fraktion ist gut aufgestellt und will gemeinsam mit der Landesvorsitzenden Nancy Faeser bei der nächsten Wahl den Regierungswechsel für Hessen schaffen.

**GÜNTER RUDOLPH**
Fraktionsvorsitzender

**TOBIAS ECKERT**
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**KARINA FISSMANN**
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

**LISA GNADL**
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

**DR. DANIELA SOMMER**
Parlamentarische Geschäftsführerin

**STEPHAN GRÜGER**
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**MARIUS WEISS**
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

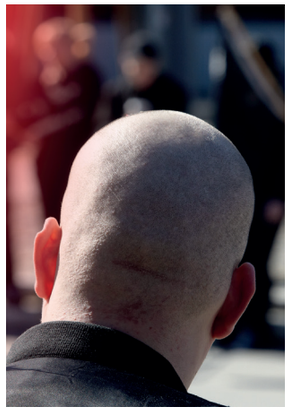




# Themen

FRAKTION UND VORSTAND
**Die Abgeordneten im Hessischen Landtag**
2/4

**Editorial**
3
VON GÜNTER RUDOLPH



TITELTHEMA
**Rechte Gefahr**
6
VON CHRISTINA SCHÄFER

**Tatort Internet**
12
VON CORD WILKE

**Wesertal ist bunt**
13
VON CHRISTINA SCHÄFER

INTERVIEW
**Wir befinden uns ständig wie unter einem Brennglas**
*mit Jens Mohrherr*
14
VON CHRISTINA SCHÄFER

INTERVIEW
**Eskalation von Hass und Gewalt lassen wir nicht zu**
*mit Nancy Faeser*
16
VON CHRISTINA SCHÄFER

**Menschen im Fadenkreuz**
19
VON CHRISTINA SCHÄFER

KOMMENTAR
**Echte Aufklärung und Prävention jetzt!**
22
VON TURGUT YÜKSEL

**Die Waffe des Parlaments**
23
VON CHRISTINA SCHÄFER

**Gleichberechtigung und Wertschätzung gegen rechte Gedanken**
27
VON CHRISTINA SCHÄFER

**15-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus**
27
VON CHRISTINA SCHÄFER

RUDOLPH DIREKT
**Das Sicherheitsrisiko**
26
VON GÜNTER RUDOLPH

AKTUELLES
**Nachrichten**
28
VON FRANK-TILO BECHER

RATGEBER
**Sicher durch die dunkle Jahreszeit**
30
VON LUISA NEURATH

Foto: imageBROKER / Alamy Stock Foto

SPD-LANDTAGSFRAKTION –
CHRISTINA SCHÄFER

# Rechte Gefahr

„Hessen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“

Bundesinnenministerin
**NANCY FAESER**

„Hessen ist das sicherheitspolitisch gefährlichste Land im Westen Deutschlands“

Politikwissenschaftler
**HAJO FUNKE**

„Es gibt in Hessen eine beunruhigend große rechte Szene, die sehr radikal ist“

Journalist und Kenner der rechten Szene
**PITT VON BEBENBURG**

**Auf Demonstrationen, wie die der Querdenker, versuchen Rechtsradikale in Hessen neue Mitstreiter zu gewinnen.**

„Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für Freiheit und Demokratie in Hessen," schreibt der hessische Verfassungsschutz in seinem Bericht von 2020. Es folgen Zahlen, die einen Anstieg rechtsextremer Gewalt in Hessen belegen. Darunter auch der Terroranschlag eines Rechtsradikalen, der am 19. Februar 2020 in Hanau acht Männer und eine Frau tötete, bevor er seine Mutter und sich selbst tötete. Die Liste an rechtsextremistischen Verbrechen, die in den vergangenen Jahren in Hessen verübt wurden, ist lang. Neben dem Terroranschlag in Hanau stehen unter anderem der politische Mord an dem CDU Politiker und Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die Drohbriefserie des NSU 2.0 und rechte Chatgruppen hessischer Polizisten darauf. Findet der Rechtsextremismus in Hessen besonderen Nährboden? „In Hessen wurde zu lange weggeschaut, so dass sich Rechtsextremisten sicher fühlten und ungehindert agieren konnten," sagt der Journalist und Kenner der rechten Szene Pitt von Bebenburg. Grund dafür seien Fehler der hessischen Politik, der Polizeiführung und des Verfassungsschutzes. Die hessische Landesregierung habe rechtsradikale Verbrechen lange als bedauerliche Einzeltaten abgetan: „Doch die Einzeltäterthese ist falsch. Es gibt immer auch einen gesellschaftlichen Hintergrund," so von Bebenburg. Zur Erläuterung erinnert er an den Fall, der sich 2019 in Wächtersbach ereignete. Ein 55-Jähriger schoss aus seinem PKW heraus auf einen 26-jährigen Mann aus Eritrea und verletzte diesen schwer. „Der Schütze soll in seiner Stammkneipe immer wieder davon erzählt haben, dass er Migranten hasst und einen umlegen will. Statt ihn davon abzuhalten, haben seine Kneipenkumpel seine Drohungen ignoriert oder ihn noch in seiner Einstellung bestärkt. Wenn man es zuspitzt, kann man sagen, dass sich Nazis in Hessen nicht verstecken müssen," so von Bebenburg.





Der Politikwissenschaftler und Experte für Rechtsextremismus Hajo Funke, sieht gar ein „sicherheitspolitisches Vakuum" in Hessen. Die Verantwortung trage die hessische Landesregierung, vor allem Ministerpräsident Volker Bouffier. Funke wirft ihm vor, dass die Sicherheitsbehörden zunächst unter seiner Führung als Innenminister, dann als Ministerpräsident versagt und dem Rechtsextremismus dadurch Raum zur Entfaltung gegeben hätten. „Das nennt man ganz großes Behördenversagen," so Funke.

## „Von der Querdenkerbewegung geht Gefahr aus"

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser wirft Bouffier vor, den Rechtsextremismus in Hessen stets „negiert" zu haben. „Das Kleingerede des Rechtsextremismus ist Teil einer falschen Führungskultur. Denn so eine Einstellung wird von oben nach unten weitergegeben."

Aktuell treten Rechtsextremisten in Hessen vor allem in Verbindung mit Querdenkerdemonstrationen in Erscheinung. In den ersten Wochen des Jahres 2022 demonstrierten erneut Hunderte Menschen auf den Straßen der hessischen Städte Fulda, Darmstadt, Kassel und Frankfurt. Einige der Demos machten Schlagzeilen aufgrund von Gewalt gegen Polizisten, andere Protestzüge verliefen friedlich. Doch wie ist die Querdenkerbewegung einzuordnen? Sind es gefährliche Rechtsradikale? Oder nur Menschen, die Kritik an staatlichen Entscheidungen üben? „Von der Querdenkerbewegung geht Gefahr aus," sagt Pitt von Bebenburg. Deshalb beobachte auch der Verfassungsschutz Teile der Bewegung. „Man hat eine eigene Kategorie für die Querdenker angelegt, da sie nicht wie andere Bewegungen klar dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet werden können. Es kommen hier Unzufriedene aller Art zusammen." Von Bebenburg hält nicht alle Querdenker für rechtsradikal. Manche seien schlicht gegen die Impfpflicht und gegen die Corona-Maßnahmen. Aber es seien auch Verschwörungstheoretiker unter ihnen, die den Staat in Frage stellten, ebenso wie sich Reichsbürger und Neonazis unter sie mischten. „Insgesamt haben alle Querdenker Berührungen mit rechtem Gedankengut und sie dulden dieses in ihren eigenen Reihen, wenn sie gemeinsam demonstrieren," so von Bebenburg. Hajo Funke sieht bei den Querdenkern eine klare Ausrichtung: „Ihre ideologische Speerspitze ist nach rechts gerichtet. Er wird geleugnet und faschistisch verzerrt. Die Politik dieser Bewegung sind Fake News. Wer dies duldet, gibt Rechtsextremismus die Freiheit, sich zu entfalten und zu verbreiten." Um den sich ausbreitenden Rechtsextremismus in Hessen zurückzudrängen, brauche es, so die Experten einmütig, eine klare Führungskultur, die deutlich macht, dass Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und jede Art von Diskriminierung keinen Platz in der Gesellschaft haben. Zudem seien ein neues, modernes Leitbild für die Polizei, die Priorisierung von Rechtsextremismus durch die Dienstherren der Sicherheitsbehörden, Unterstützung für Opfer und Bedrohte, strengere Waffengesetze sowie Informationen durch die Landesregierung über Taten und Aktivitäten der Rechten notwendig. Der Bundesinnenministerin liegt zudem die Demokratieerziehung der Kleinsten am Herzen: „Die Vermittlung von Achtung und Wertschätzung von Kindesbeinen an ist wahrscheinlich das wirksamste Mittel gegen rechts," so Bundesinnenministerin Nancy Faeser. ●

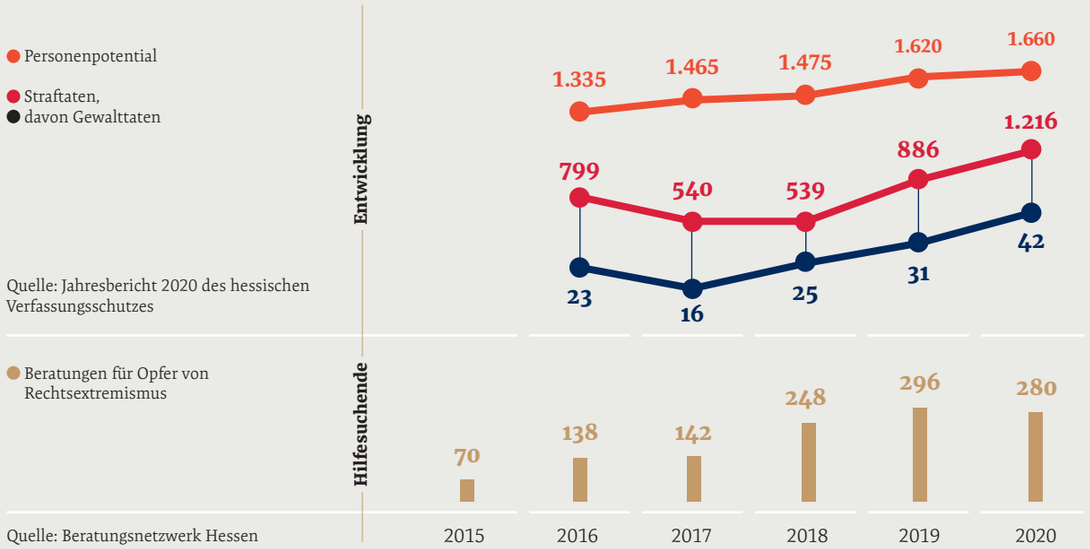
**Hajo Funke**
ist Politikwissenschaftler und lehrte bis zum Eintritt in den Ruhestand 2010 an der Freien Universität Berlin. Sein Schwerpunkt liegt auf den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland.

**Pitt von Bebenburg**
ist hessischer Landtagskorrespondent der Frankfurter Rundschau. 2021 wurde er für seine investigative Artikelserie zum Zusammenhang rechtsextremer Drohschreiben des Absenders „NSU 2.0" und den illegalen Datenabfragen der hessischen Polizei mit dem Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus ausgezeichnet.

Fotos: imageBROKER, Craig Stennett, Frank Heinz / Alamy Stock Foto

# Rechtsextreme Straftaten in Hessen

**HESSISCHES VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ:**
Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Er ist Dienstleister der Demokratie und hält insbesondere die analytischen Kompetenzen zur Beurteilung jener Gefahren vor, die Demokratie und Menschenrechten durch extremistische Bestrebungen drohen




Quelle: Jahresbericht 2020 des hessischen Verfassungsschutzes

Quelle: Beratungsnetzwerk Hessen

## Dies sind einige Beispiele von vielen unterschiedlichen Fragen, mit denen sich Menschen 2020 an das Beratungsnetzwerk Hessen wandten:

**DAS BERATUNGSNETZWERK HESSEN** berät Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus kostenlos. Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden insgesamt 1.505 Beratungsfälle registriert.

Eine Schulsozialarbeiterin ist besorgt um Schülerinnen, die in einer „Reichsbürger"-Familie aufwachsen.
Wo findet sie Hilfe?

Ein Vater braucht Beratung, da sein Sohn Kampfsport in der rechten Szene praktiziert.
Wer bietet ihm Unterstützung?

Eine Mutter wird im Beisein ihrer Kinder rassistisch beleidigt, ihre Kinder sind nachhaltig erschüttert.
Wie soll sie sich verhalten?

Nach einem rechtsextremen Anschlag mit mehreren Todesopfern sind vor allem die betroffenen Familien traumatisiert, aber auch Bürger*innen vor Ort sind verunsichert.
Wie soll es nach dieser Tat weitergehen?

Ein Lehrer macht auf antisemitische Inhalte im Lehrmaterial aufmerksam und gerät dadurch in Konflikt mit anderen Lehrer*innen und der Schule.
Was kann er tun?





## Kernelemente der rechtsextremistischen Ideologie:

**Nationalismus**
Überbewertung der eigenen Nation im Vergleich zu anderen.

**Neonazismus**
Positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus.

**Rassismus und Antisemitismus**
Rassismus behauptet die Ungleichwertigkeit von Menschenrassen aufgrund ihrer vermeintlich unveränderlichen biologischen und sozialen Anlagen. Eine besondere Form des Rassismus ist der Antisemitismus. Darunter versteht man die Feindschaft gegenüber der Gesamtheit aller Juden.

**Revisionismus**
Relativierung und Rechtfertigung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen.

## In Hessen aktive rechtsextremistische Parteien und Organisationen:

**NPD** Nationaldemokratische Partei Deutschlands
**JN** Junge Nationalisten
**NPD** Jugendorganisation
**DIE RECHTE**
**Der Dritte Weg**
**Junge Alternative** Jugendorganisation der Alternative für Deutschland (AfD)
**IB** Identitäre Bewegung
**Kameradschaft Aryans**
**Thule-Seminar e. V.**

## Chronik rechtsradikaler Verbrechen in Hessen

**6. April 2006**
Ermordung von Halit Yozgat in Kassel durch den NSU

**Im Juli 2008**
Neonazis überfallen ein Jugendcamp der Linken am Neuenhainer See in Nordhessen. Dabei wird eine 13-Jährige mit einem Spaten schwer verletzt.

**2. August 2018**
Die Anwältin Seda Başay-Yildiz erhält den ersten rechtsradikalen Drohbrief unterzeichnet mit NSU 2.0. Der Beginn einer Drohserie von mehr als 130 Drohschreiben an engagierte Persönlichkeiten aus der Politik, Kultur, den Medien und der Justiz. Unter anderem gehen Drohschreiben an die damalige Fraktionsvorsitzende der SPD in Hessen und heutige Bundesinnenministerin, Nancy Faeser.

**1. Juni 2019**
Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) vor dessen Wohnhaus in Istha

**Am 22. Juli 2019**
schießt ein 55-jähriger Mann in Wächtersbach aus seinem Auto heraus auf einen 26jährigen Eritreer und verletzt ihn schwer. Die Polizei gibt später an, er habe aus Fremdenfeindlichkeit gehandelt.

**19. Februar 2020**
bei einem rechtsextremistischen Terroranschlag werden neun Menschen in Hanau ermordet. Der Täter, Tobias R., erschießt nach der Tat erst seine Mutter und dann sich selbst.

# Tatort Internet

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern“ – Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes ist eine wichtige Basis für die Freiheit der Rede und das Miteinander in unserer Gesellschaft. Dieser Grundsatz gilt ebenso für das Internet. Hassrede wie Beleidigung, Diskriminierung, Drohungen und Hetze gehört aber nicht zur Meinungsfreiheit. Im Gegenteil, sie ist schädlich und auch strafbar.

**SPD-LANDTAGSFRAKTION – CORD WILKE**

Foto: Georgijevic, iStock

Unzufriedene treffen sich im Netz. In sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und Twitter oder auch in Gruppen von Messengerdiensten wie Telegram und WhatsApp lassen sie sich über alles und jeden aus. Dabei überschreiten sie im vermeintlichen Schutz der Anonymität des Netzes die Grenzen des Anstands und des Gesetzes. Maßlos hetzen sie gegen andere, beleidigen, drohen gar mit Mord. Was viele von ihnen nicht wissen – solche Hasskommentare sind kriminell und strafbar. „Wir erleben Eine Verrohung in der Gesellschaft. Durch die Anonymität des Netzes ist Hates Speech mittlerweile ein gemeingesellschaftliches Problem. Wir dürfen nicht erlauben, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht von Betroffenen angegriffen und in Frage gestellt wird. Hassrede schüchtert Opfer ein und gefährdet damit den freien Meinungsaustausch“, sagt Heike Hofmann, Rechtspolitikerin und Abgeordnete der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag.

Die Folgen für Opfer von solchen Kommentaren sind oft schwerwiegend, so Hofmann. Darüber hinaus senken sie die Schwelle zur Gewalt in der Realität. „Auf Worte folgen Taten“, so die Rechtsexpertin. Menschen, die Gewaltphantasien äußerten, würden im Netz oft noch angestachelt, diese auch umzusetzen. „Deshalb brauchen wir eine konsequente Strafverfolgung von Hasskriminalität“, “, sagt Heike Hofmann, Rechtspolitikerin und innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag.

In Hessen gibt es das Meldesystem #hessengegenhetze, über das Bürgerinnen und Bürger Hassrede melden können. Diese wird dann bewertet und zur Bearbeitung an das Hessische Landeskriminalamt, die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main oder den Netzwerkbetreiber weitergeleitet. Netzwerkbetreiber und Unternehmen sind mittlerweile durch das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität verpflichtet, strafbare Inhalte selbst zu melden.

Den Schlüssel zu einem hassfreien Miteinander sieht Heike Hofmann jedoch in der Bildung begründet: „Wir müssen unseren Kindern ein offenes und ehrliches Kommunikationsverhalten beibringen. Medienkompetenz ist in der heutigen Zeit von Smartphones, Tablets und Co. ein wichtiger Pfeiler unseres Bildungssystems. Nur durch entsprechende Bildung können wir Hass und Hetze den Nährboden entziehen.“ ●





# Wesertal ist bunt

## Eine Bürgerinitiative wehrt sich gegen die Einnistung rechten Gedankenguts

**SPD-LANDTAGSFRAKTION – CHRISTINA SCHÄFER**

Ein deutschlandweit bekannter Neonazi zieht nach Wesertal. Die Nachricht spricht sich im Herbst 2020 schnell in der Gemeinde herum. Es handelt sich um den 66-jährigen Meinolf Schönborn. Laut Medienberichten habe er im Ort eine Immobilie erworben.

**Wir hier in Wesertal stehen für eine offene Gesellschaft, für Vielfalt, Toleranz und Respekt.**

Dieses Haus wolle er nun zu einem Wohnheim für Rechtsextremisten ausbauen. Sofort formiert sich Widerstand in der Gemeinde. „Da hat er sich den falschen Ort ausgesucht“, sagt Oliver Ulloth, Landtagsabgeordneter der SPD-Fraktion, zu dessen Wahlkreis die Gemeinde Wesertal gehört. Für die Bürgerinnen und Bürger von Wesertal ist klar, da muss man was machen. Sie wollen nicht einfach zusehen, wie sich braunes Gedankengut ausbreitet und einnistet. Gemeinsam mit Oliver Ulloth und der SPD-Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher gründen engagierte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde den Verein „Wesertal ist bunt“.

„Wir hier in Wesertal stehen für eine offene Gesellschaft, für Vielfalt, Toleranz und Respekt. Wir bieten Nazis hier keinen Platz, ihre Ideologie zu verbreiten“, sagt Oliver Vogt, 1. Vorsitzender des Vereins. Er ist auch stellv. OV-Vorsitzender der SPD Oedelsheim, eines Ortsteils der Gemeinde.

In ihrer ersten Aktion werden bunte Banner mit dem Vereinsnamen und Slogans für Offenheit und gegen rechts gedruckt. „Diese Banner haben wir noch vor Weihnachten 2020 in allen Ortsteilen Wesertals aufgestellt“, sagt Oliver Ulloth. Ein besonders großes, buntes Banner mit der Botschaft „Kein Platz für Nazis“ steht direkt an der Zufahrtstraße des Hauses von Schönborn. „Jeder, der zu ihm will, muss daran vorbei“, sagt die 2. Vereinsvorsitzende Silke Jordan. Mittlerweile seien schon Menschen in das Haus von Schönborn eingezogen, sagt sie. Doch es sei noch nicht viel von ihnen zu sehen. Zusammenstöße von Rechten und Wesertalerinnen und Wesertalern habe es auch keine gegeben. „Das bleibt auch hoffentlich so. Wir bieten dieser Gesinnung in unserer Gemeinde einfach keinen Raum“, sagt Jordan.

Der Verein Wesertal ist bunt e. V. initiiert Infoveranstaltungen über die rechten Umtriebe des neuen Mitbürgers, veranstaltet regelmäßig Events zur politischen Bildung und wirbt für eine offene Gesellschaft und für Demokratie. Für das große Engagement wurde der Verein kürzlich mit dem Sonderpreis der Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ ausgezeichnet. Die Initiative steht unter der Schirmherrschaft des Kasseler Regierungspräsidenten. Mehr Infos zum Verein unter www.wesertal-ist-bunt.de oder auf Facebook. ●

**Der SPD-Landtagsabgeordnete Oliver Ulloth vor dem Banner gegen rechts**

# Wir befinden uns ständig wie unter einem Brennglas

Drohschreiben NSU 2.0, unberechtigte Abfragen von Polizeicomputern, rechtsextreme Chats, u. a. von Beamten des SEK Frankfurt, die hessische Polizei macht Schlagzeilen mit rechtsextremen Auffälligkeiten. Sogar Innenminister Peter Beuth schließt ein rechtes Netzwerk in den Reihen der Polizei nicht mehr aus.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – JENS MOHRHERR

**JENS MOHRHERR** ist seit 31. März Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen.

Er arbeitete zuletzt knapp 11 Jahre als Hauptpersonalratsvorsitzender der hessischen Polizei.

*Herr Mohrherr, gibt es rechtsradikale Strukturen in der hessischen Polizei?*

Nein. Es handelt sich hierbei um etwa 180 Fälle, in denen wegen rechtsextremistischer Vergehen gegen Beamt*innen ermittelt wird. Wir haben aber 21.000 Polizistinnen und Polizisten in Hessen. Unsere pluralistische Gesellschaft bildet sich auch unter ihnen ab. Wir haben Frauen, Männer, Migrantinnen und Migranten, Christen, Muslime und viele andere in der hessischen Polizei. Doch sie alle werden nun unter Generalverdacht gestellt, wegen weniger als 1 Prozent von ihnen, die offenbar rechtem Gedankengut anhängen. Das ist völlig maßlos, deplatziert und tut weh.

*Wie ist die Stimmung unter den Polizistinnen und Polizisten?*

Wir befinden uns ständig wie unter einem Brennglas. Die Polizistinnen und Polizisten stehen einerseits auf den Querdenkerdemos in der ersten Reihe, werden beschimpft, bespuckt und angegriffen und von anderen Teilen der Bevölkerung werden sie als rechtsextremistisch verurteilt und beschimpft. Egal wie, die Polizei bekommt Dresche. Das macht keine gute Stimmung. Nach den internen Verdachtsfällen herrscht außerdem große Angst vor Verfehlungen. Niemand traut sich mehr, beispielsweise Dienstpläne in Chatgruppen wie bei WhatsApp abzustimmen. Manche tragen ständig die Bodycam, filmen jedes Einschreiten, jede Personenkontrolle mit, um sich hinterher verteidigen zu können. Wird gegen einen Kollegen ermittelt, erleidet die Karriere einen Knick. Außerdem beobachten wir bei beschuldigten Kollegen, dass selbst nach Freisprüchen langwierige Disziplinarverfahren folgen. Manche Verfahren dauern Jahre. In dieser Zeit bleiben die Beamten vom Dienst suspendiert. Das macht etwas mit den Menschen, sie erleben soziale Ausgrenzung.

*Wie sieht der Arbeitsalltag in den Revieren und Kommissariaten aus?*

Der ist geprägt von einer hauchdünnen Personaldecke. Die Einstellungsoffensive kommt nicht bei der Basis an, denn viele Beamte werden in eine der 50 BAOs (Besondere Aufbauorganisationen) des Landes umgesetzt und fehlen dann an anderen wichtigen Stellen. Der Arbeitsdruck in den Revieren vor Ort ist hoch. Die Kolleginnen und Kollegen müssen entscheiden, zu welchen Einsätzen sie fahren. Sie können nicht mehr alles abdecken. Ihnen schlägt deshalb viel Ärger entgegen, sie bleiben hinter den eigenen Ansprüchen zurück und zu allem Überfluss fehlen ihnen Erholungsphasen. Die hessischen Polizisten haben derzeit einen Überstundenstand von 3,4 Millionen. Nach herausstechenden Einsätzen, wie etwa dem Anschlag in Volkmarsen oder auch nach Ermittlungen im Bereich der Kinderpornografie, fehlen Rückzugsräume, Beratungsangebote, Entlastungsintervalle. Eine Dienstgruppe/ein Kommissariat sollte einmal im Monat die Gelegenheit bekommen, gemeinsam das Erlebte zu reflektieren, sich auszutauschen. Doch der Personalmangel macht dies unmöglich.

*Was kann helfen?*

Wir müssen Erholungsräume in Form von Präventionskursen und Supervision für Polizeibeschäftigte dauerhaft und in angemessener Anzahl initiieren. Das geht nur mit mehr Personal. Zudem brauchen wir eine durchgängige Transparenz der Vorwurfslagen. Die Kolleg*innen sind häufig gar nicht im Bilde, worum es bei den Vorwürfen, beispielsweise wegen Verbreitung rechten Gedankenguts, im Detail überhaupt geht. Wir brauchen eine von unten nach oben und von oben nach unten akzeptierte und gelebte Führungs- und Fehlerkultur. Ich würde uns wünschen, dass der Innenminister in diesem Zusammenhang nicht nur Fehlverhalten der Polizei öffentlich darstellt, sondern ebenso die Polizei in der Öffentlichkeit entlastet. Es war schließlich die Polizei selbst, die den 53-jährigen Berliner, der mutmaßlich für die NSU-2.0-Drohbriefe verantwortlich ist, ermittelt und dafür gesorgt hat, dass er vermutlich im Januar 2022 vor Gericht gestellt werden kann. ●

*Aufgezeichnet von Christina Schäfer*

## Eine gute Polizei besteht aus guten Polizistinnen und Polizisten

Wir brauchen in Hessen eine Polizei, auf die wir uns zu hundert Prozent verlassen können.

VORSITZENDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION – GÜNTER RUDOLPH

Der Austausch von rechtem Gedankengut oder illegale Datenabfragen sind innerhalb einer Polizei absolut inakzeptabel. Solche Fehlentwicklungen kosten Vertrauen und bringen auch die überwiegende Anzahl der untadeligen Polizeibeamten in Verruf. Das Problem liegt in der Führung. Der skandalbelastete Innenminister führt die Polizei ohne Empathie und sucht die Fehler immer nur bei anderen statt bei sich selbst. Polizistinnen und Polizisten brauchen eine positive Führungskultur, an der sie sich orientieren können. Ein modernes Leitbild wäre ein Anfang. Außerdem braucht eine gute Polizei gute Polizistinnen und Polizisten. Das beginnt mit der sorgfältigen Auswahl des Personals, guter Aus- und Fortbildung und einer vernünftigen Besoldung. In Hessen winken jedoch eine 41-Stunden-Woche, Gehaltskürzungen und Nullrunden. Es hat sich längst herumgesprochen, dass der durchschnittliche Polizeibeamte in Hessen 200 Überstunden hat. Die Vollzugspolizei, ohnehin belastet durch Schichtdienst, braucht deutlich mehr Personal. Polizeireviere und Kommissariate müssen personell so aufgestellt werden, dass die Beamtinnen und Beamten auch im Stande sind ihre Arbeit zu stemmen. Wir von der SPD fordern eine zusätzliche Streife für jede Polizeistation. Die Polizei muss in der Fläche wieder sichtbar werden. Es muss gelten, dass dort, wo Polizei draufsteht, auch Polizei drinsteckt.

Es gibt viel zu tun in Hessen. Für die Polizei und für das ganze Bundesland ist nach 23 Jahren CDU-Regierung die Zeit für einen Wechsel in der Politik gekommen. ●

Foto: Craig Stennett / Alamy Stock Foto

# Eskalation von Hass und Gewalt lassen wir nicht zu

INTERVIEW – NANCY FAESER

*Frau Bundesministerin, Sie benennen den Rechtsextremismus als unsere aktuell größte Bedrohung. Warum ist er das und seit wann?*
Rechtsextremismus hat leider tiefe Wurzeln in unserer Gesellschaft – denken wir an die deutsche Geschichte, auch der Nachkriegszeit: das Münchner Oktoberfestattentat 1980, die Brandanschläge in Solingen und Mölln in den frühen 90er Jahren, den Terror des NSU und zuletzt den politischen Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, den antisemitischen Anschlag in Halle und die furchtbaren rassistischen Morde in Hanau. Es gibt statistisch jeden Tag drei rechtsextreme Gewalttaten in unserem Land. Das zeigt: Der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Deshalb hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus für mich als Bundesinnenministerin besondere Priorität. Trotzdem sage ich deutlich: Andere Bedrohungen wie den Islamismus und den Linksextremismus haben wir genauso im Blick.

*Wie gefährlich ist die Querdenkerbewegung?*
Diese Bewegung ist sehr heterogen. Es mischen sich ganz unterschiedliche Szenen. Es ist auch viel Wut, Erschöpfung und Überforderung zu spüren nach zwei Jahren Pandemie. Solange dieser Protest friedlich ist, gehört er zu unserer Demokratie. Aber wir sehen auch, dass Rechtsextremisten die Corona-Proteste immer stärker für sich nutzen. Denen geht es nicht um die Bekämpfung von Corona, sondern um die Bekämpfung unserer Demokratie. Wer Wissenschaftlerinnen, Journalisten, Polizistinnen oder Politiker attackiert, der führt keine Diskussion mehr. Wir sehen hier keine „Spaziergänge", sondern organisierte Aktionen an vielen Orten gleichzeitig – immer wieder mit Gewalt, immer wieder mit massenhaften Verstößen gegen Corona-Regeln. Hier muss der Rechtsstaat durchgreifen. Wir sind eine wehrhafte Demokratie. Wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen.

*Welche Rolle spielen dabei die sozialen Medien, die Messengerdienste und das Internet?*
Für die Mobilisierung spielen sie eine große Rolle, vor allem Kanäle auf Telegram. Zudem sehen wir immer neue Wellen des Hasses, immer neue Einschüchterungsversuche bis hin zu Morddrohungen. Ganz überwiegend kommt diese digitale Gewalt aus dem rechten Spektrum. Morddrohungen müssen schnelle und deutliche strafrechtliche Konsequenzen haben. Wir werden dafür sorgen, dass Hetzer identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden. Wir werden die Plattformen in die Pflicht nehmen, sich nicht länger als Brandbeschleuniger missbrauchen zu lassen. Die Eskalation von Hass und Gewalt lassen wir nicht zu.

*Hat ihr Vorgänger im Amt den Rechtsextremismus in Deutschland verharmlost?*

**NANCY FAESER**
Bundesministerin des Innern und für Heimat – als erste Frau in diesem Amt.

Foto: Peter Jülich

Ich will nach vorn schauen. Für mich kann ich sagen, dass mich die jahrelange Auseinandersetzung mit dem Terror des NSU im hessischen Untersuchungsausschuss sehr geprägt hat. Die zentrale Lehre ist, die Gefahr des Rechtsextremismus nie wieder zu unterschätzen, immer im Blick zu haben, wen diese Gewalt trifft, und die Betroffenen zu schützen und sie zu unterstützen. Das leitet mich jetzt als Bundesinnenministerin.

*Was werden Sie als Bundesinnenministerin gegen Rechtsextremismus und seine Ausbreitung tun?*
Wir werden alles daransetzen, Radikalisierungen zu stoppen, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen und Extremisten konsequent die Waffen zu entziehen. Unsere Sicherheitsbehörden werden wir weiter stärken. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass wir demokratisches Engagement, politische Bildung und Extremismusprävention viel stärker unterstützen werden. Nur so können wir menschenfeindliche Ideologien zurückdrängen. Nur so können wir das Bewusstsein für Rassismus in der gesamten Gesellschaft schärfen. Das ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb ist es auch so wichtig, schnell ein Demokratiefördergesetz zu schaffen. Damit können wir all die unterstützen, die sich tagtäglich überall in unserem Land für unsere offene Gesellschaft, für Respekt und gegen Rassismus einsetzen.

*Sie wurden bereits selbst von Rechtsextremisten bedroht, erhielten Drohschreiben mit dem Absender NSU 2.0. Wie hat sich das angefühlt, was hat das mit Ihnen gemacht?*
Ich lasse mich nicht einschüchtern. Aber ich werde mich an solche Drohungen auch nie gewöhnen. Jede Drohung bringe ich konsequent zur Anzeige. Mir geht es darum, all diejenigen vor Bedrohungen zu schützen, die von diesen viel unmittelbarer getroffen werden als ich: Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zum Beispiel. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Menschen aus dem demokratischen Engagement zurückziehen, weil sie sich um ihre Familien sorgen.

*Sie sind Juristin, als Fraktionsvorsitzende der SPD in Hessen haben Sie sich als Innenpolitikerin profiliert, Sie sind Sozialdemokratin und glühende Kämpferin gegen rechts – ist Ihr neuer Job als Innenministerin Ihre Berufung? Die Aufgabe Ihres Lebens?*
Ich war leidenschaftlich gern Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und vermisse natürlich die Kolleginnen und Kollegen. Insofern bin ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge nach Berlin gegangen. Es ist eine große Ehre für mich, die erste Bundesinnenministerin zu sein. Und ich habe sehr viel vor. Wir wollen dafür sorgen, dass in Deutschland alle Menschen frei und ohne Angst leben – ganz gleich, woher ihre Familien einmal kamen, wen sie lieben, woran sie glauben oder in welchem Viertel sie wohnen. Und wir stehen für ein neues Handeln und einen neuen Geist in der Migrations- und Integrationspolitik. Das alles sind große Aufgaben. Und dafür erlebe ich ganz viel Unterstützung, seit dem ersten Tag. ●

# Menschen im Fadenkreuz

„Unsere Kinder dürfen nicht umsonst gestorben sein.
Ihr Tod muss das Ende rassistischer Angriffe sein“ – Serpil Temiz Unvar

SPD-LANDTAGSFRAKTION – CHRISTINA SCHÄFER

Am 19. Februar 2020 sind in Hanau neun Menschen von einem Rechtsextremisten getötet worden. Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov wurden Opfer eines gezielten rassistischen Angriffs. Der Hass trifft sie völlig unvorbereitet. Nie zuvor lebten sie in dem Bewusstsein, Feindbild zu sein. So geht es den meisten Opfern von rechtsextremistischen Taten. Das gemeinsame Feindbild gibt Rechtsextremisten Zusammengehörigkeit und Sicherheit. Es teilt die Welt für sie in Schwarz und Weiß. Weiß sind sie. Schwarz sind alle Menschen aus dem Ausland, Juden, Muslime, LSBTIQ*, Flüchtlinge, ihre politischen Gegner und staatliche Behörden. Menschen, die ins Visier der Rechten und Rassisten geraten, werden bedroht, angefeindet, terrorisiert und angegriffen. Sie werden körperlich wie seelisch verletzt und meist zutiefst erschüttert. „Die Opfer werden aus dem Alltag gerissen, sind verletzt und verängstigt“, schreibt das Beratungsnetzwerk Hessen, das Opfer von rechtsextrem motivierter und rassistischer Gewalt berät und unterstützt.

Armin Kurtović hat seinen Sohn Hamza bei dem rassistischen Anschlag in Hanau verloren. Auf der nächsten Seite erzählt er von den Folgen des Anschlags. Eine Frau, die unerkannt bleiben möchte, erzählt von ihren Erfahrungen mit Rassismus im Alltag. Während der Recherche für dieses Magazin haben wir mit weiteren Opfern gesprochen. Doch sie trauten sich nicht, ihre Erfahrungen öffentlich zu machen, aus Angst vor neuen Angriffen von rechts.

Eine Abfrage unter den Abgeordneten unserer Landtagsfraktion hat zudem ergeben, dass viele von ihnen bereits Erfahrungen mit Anfeindungen von Rechtsradikalen gemacht haben oder sie Politiker aus ihren Wahlkreisen kennen, die betroffen sind. Einige berichten von Hasskommentaren auf ihren Social-Media-Kanälen, andere von Drohmails, auch offene und direkte Anfeindungen und sogar Morddrohungen hat es gegeben.

Hass, Hetze und Gewalt durch Rechtsextremisten schüchtert Menschen ein, bedroht unsere Meinungsfreiheit und unsere Demokratie. „Wir wollen ein Land sein, in dem alle Menschen frei und ohne Angst leben. Ganz gleich in welchem Viertel sie leben, wen sie lieben, woran sie glauben oder woher ihre Familien einmal kamen“, sagt die hessische SPD-Vorsitzende Nancy Faeser in ihrer ersten Rede als Bundesinnenministerin vor dem Deutschen Bundestag. Sie erinnert an die Worte von Serpil Temiz Unvar, deren Sohn Ferhat bei dem Anschlag in Hanau ermordet wurde: „Unsere Kinder dürfen nicht umsonst gestorben sein. Ihr Tod muss das Ende rassistischer Angriffe sein.“ Nancy Faeser verspricht, alles dafür zu tun, um die Menschen, die in Deutschland bedroht und angegriffen werden, besser zu schützen. Sie kündigt einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus an. ●

GESPRÄCHSPROTOKOLL – ARMIN KURTOVIĆ

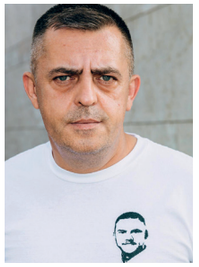
Mein Name ist Armin Kurtović, ich bin 1974 in Bayern zur Welt gekommen. Ich bin verheiratet und habe vier Kinder. Meine Kinder sind auch alle in Deutschland geboren. Am 19. Februar 2020 habe ich meinen 22 Jahre alten Sohn Hamza Kurtović bei dem rassistischen Anschlag in Hanau verloren.

Früher habe ich Rassismus im Alltag mit Humor genommen, ehrlich gesagt war mir das Jacke wie Hose. Jetzt nehme ich es mir zu Herzen. Ich kann das nicht mehr ignorieren – wegen des Anschlags, bei dem ich meinen Sohn verloren habe, und auch wie ich danach behandelt wurde. Ich bin deutscher Staatsbürger. Warum schickt man mir den Ausländerbeirat, einen Migrationsbeauftragten, einen Dolmetscher? Ist mein Deutsch so schlecht? Ich habe das früher immer aus der Ferne betrachtet. Jetzt hat es mich voll erwischt. In einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten haben wir Angehörigen das Problem mit den rechtsextremen Polizisten angesprochen. Und wissen Sie, was er geantwortet hat? „Auch wenn Polizisten eine rechtsextreme Gesinnung haben, muss das ja noch lange nicht heißen, dass sie ihren Job schlecht machen."

## Diese Gesinnung hat meinem Sohn das Leben gekostet.

Wir haben unsere Angehörigen nicht bei einem Flugzeugabsturz oder bei einem Autounfall verloren. Diese Gesinnung hat meinem Sohn das Leben gekostet.

Und dann sagt der Ministerpräsident unseres Landes so etwas zu uns. Damit ist er Teil des Problems und nicht der Lösung. Auf der einen Seite heißt es immer, sie seien gegen rechts, sie seien gegen Rassismus und das dürfe es alles nicht geben. Aber wenn es aus der eigenen Mannschaft kommt, dann wird es totgeschwiegen.



ARMIN KURTOVIĆ
Vater

Vom Land Hessen kam nach dem Anschlag überhaupt keine Unterstützung. Niemand aus der Landesregierung hat sich mit uns Angehörigen getroffen. Dafür haben sich Bundesminister Horst Seehofer und Bundesministerin Christine Lambrecht Zeit genommen für jede Familie. Sie haben uns einen Ansprechpartner gegeben, wofür ich ihnen sehr dankbar bin. Ich bin dankbar für jedes offene Ohr. Ich wollte aber auch den hessischen Innenminister und den Ministerpräsidenten treffen und erzählen, was hier schiefgelaufen ist. Ich habe darum gebeten, ich habe gekämpft. Doch es ist nie zu Stande gekommen. Meine Anfragen wurden ignoriert. Sie schauen weg, verstecken sich, ziehen sich aus der Verantwortung. Doch bei neun Toten können sie sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Seitdem es passiert ist, sehe ich es als meine bürgerliche Pflicht an, so lange auf den Missständen herumzureiten, bis sie behoben sind. Damit kein anderer Vater mehr sein Kind wegen rechter Gesinnung zu Grabe tragen muss. ●

*Aufgezeichnet von Lätitia Schöninger*

GESPRÄCHSPROTOKOLL – SEVIM

(Name von der Redaktion geändert), 31 Jahre alt, möchte ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen. Sie macht sich Sorgen, dass dadurch rassistische Anfeindungen gegen sie und ihre Familie zunehmen könnten.

Ich lebe in Marburg und habe die Stadt bislang immer als sehr weltoffen wahrgenommen. Doch seit einiger Zeit erlebe ich auch hier Rassismus im Alltag. Ich habe das Gefühl, dass Rassismus salonfähig wird.

Zum Beispiel vor ein paar Tagen im Supermarkt an der Kasse – eine ältere Frau war beim Bezahlen sehr langsam. Sie trug ein Kopftuch. Der Mann hinter ihr hat plötzlich angefangen, laut und fies über sie und ihr Kopftuch zu reden. Er war aggressiv. Die Dame hat Angst bekommen. Ich konnte sehen, wie nervös sie war. Sie hat gezittert. Es standen noch andere Leute vor mir an der Kasse, aber niemand hat etwas gesagt, sie haben alle nur zugesehen. Ich habe hin und her überlegt, ob ich einschreiten sollte. Da der Mann offensichtlich etwas gegen Menschen mit ausländischem Aussehen hatte, befürchtete ich, ihn mit meinem Einschreiten noch weiter zu provozieren. Aber ich konnte sein Verhalten auch nicht einfach so stehen lassen. Nachdem ich bezahlt hatte, habe ich den Mann, der um die 40 Jahre alt war, am Kaffeeautomaten gesehen. Ich habe ihn gefragt, warum er das gemacht hat, ob er nicht gesehen hat, wie aufgelöst die Frau war, und dass er sich vorstellen sollte, sie wäre seine Mutter. Er reagierte genervt, „Na, jetzt kommst du mir mit der Rassismus-Keule, jetzt bin ich ein Nazi," hat er gesagt. Anschließend führte er aber ein ruhiges Gespräch mit mir und versuchte, mir seine Anschauung zu erläutern. Wirklich geholfen hat das nicht. Er empfindet eine Abneigung gegenüber ausländisch aussehenden Menschen und sieht sie als Bedrohung. Diese Einstellung macht mir Angst.

Ich habe selbst auch schon Ähnliches erlebt. Neulich ist mir in Marburg auf dem Bürgersteig eine Frau im Rollstuhl entgegengekommen. Ich wollte für sie Platz machen. Plötzlich hat sie mich angeschrien, ich solle zurück in mein Scheißland gehen. Ich kam

## Wo soll ich denn hin?

mir dumm vor, weil ich ihr auf dem schmalen Gehweg ausreichend Platz bieten wollte und sie gleichzeitig so boshaft war und versuchte, mich mit ihrem Rollstuhl zu überfahren. Egal wohin ich ging, sie steuerte auf mich zu, bis ich letztlich ausweichen musste, indem ich auf die Fahrbahn sprang. Ich war so wütend, am liebsten hätte ich ihr nachgeschrien: Wo soll ich denn hin? Ich bin in Deutschland geboren und mache nur Urlaub in der Türkei, weil wir dort Verwandte haben. Dort bin ich die Deutsche, hier die Türkin. So kann ich nirgendwo ankommen. ●

*Aufgezeichnet von Christina Schäfer*

# Echte Aufklärung und Prävention jetzt!

**EIN KOMMENTAR DES INTEGRATIONSPOLITISCHEN SPRECHERS DER SPD-LANDTAGSFRAKTION – TURGUT YÜKSEL**

**TURGUT YÜKSEL**
ist Mitglied des Hessischen Landtags.

Hessen erlebt seit Jahren eine Serie rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Bedrohung. Die Morde des NSU an Enver Şimşek und Halit Yozgat, die Morddrohungen des NSU 2.0 gegen die Anwältin Seda Başay-Yıldız und andere Personen des öffentlichen Lebens, die Ermordung Walter Lübckes und der Anschlag von Hanau bilden eine Kette des widerwärtigen Menschenhasses. Nicht nur die rechtsextreme Grundeinstellung der Täter*innen zieht sich wie ein roter Faden durch die Taten, sondern ebenso das Versagen und sogar mögliche Verstrickungen der Sicherheitsbehörden.

Dass all diese Taten begangen und nicht verhindert wurden, ist nur ein Teil des politischen Skandals. Seit Jahren erleben wir Desinteresse und eine Blockadehaltung der hessischen Landesregierung bei der Aufarbeitung rechtsextremistischer Straftaten. Anstatt die Aufklärung zu priorisieren und umfänglich mitzuwirken, belegt die schwarzgrüne Landesregierung einschlägige Akten mit einer Sperrfrist von zunächst 120, später 30 Jahren. Viele Unterlagen, die dem Hessischen Landtag vorgelegt werden, sind bis zur Unkenntlichkeit geschwärzt.

Das Vertrauen erheblicher Teile unserer Gesellschaft in die staatlichen Institutionen ist durch die Gewalttaten und deren zögerliche Aufklärung tief erschüttert. Die Ereignisse fügen sich für viele Menschen zusammen mit dem Rassismus und der Diskriminierung, die sie in Hessen täglich erfahren. Vertrauen lässt sich nicht einfordern, es muss verdient werden. Hunderttausende Beamt*innen und Angestellte im öffentlichen Dienst tun dies täglich. Auch um ihnen den Rücken zu stärken, ist es unsere Pflicht, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Wir müssen strukturellen Rassismus in staatlichen Behörden schonungslos aufklären und ausräumen. Darüber hinaus müssen wir das Problembewusstsein und die interkulturelle Kompetenz in den staatlichen Institutionen stärken. Unsere Behörden müssen außerdem mehr Menschen mit Migrationshintergrund einstellen.

Als Gesellschaft insgesamt müssen wir unsere Anstrengungen in der Prävention, der Bildung und der Vermittlung demokratischer Werte verstärken. Im Alltag müssen wir jeglichen rassistischen, antisemitischen, diskriminierenden Äußerungen entgegentreten. Wer nach jeder neuen Tat immer wieder versucht, zur Tagesordnung überzugehen, hat die Situation nicht begriffen und leistet dadurch neuer Gewalt Vorschub. Wir können die Toten nicht wieder ins Leben zurückholen. Ihre Familien und Freund*innen werden für immer mit diesem schwersten Verlust leben müssen. Wir schulden es ganz besonders ihnen, die Blockaden gegen echte Aufklärung und Veränderung zu überwinden. ●





# Die Waffe des Parlaments

Im Hessischen Landtag ermitteln aktuell zwei Untersuchungsausschüsse zu schweren rechtsradikalen Verbrechen – dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Terroranschlag in Hanau, bei dem der rechtsradikale Tobias R. neun Menschen tötete.

**SPD-LANDTAGSFRAKTION – CHRISTINA SCHÄFER**

Ein Untersuchungsausschuss ist ein Kontrollinstrument der Opposition und wird eingesetzt, um mögliches Fehlverhalten der Regierung aufzuklären. Der Untersuchungsausschuss hat ähnliche Mittel und Befugnisse wie ein Gericht. Zwar spricht er keine Urteile aus, doch er kann Akten als Beweismittel anfordern, Zeugen und Sachverständige vernehmen, Gutachten verlesen und Sachbeweise in Augenschein nehmen. Am Ende der Untersuchung erstattet der Ausschuss dem Parlament Bericht.

**Untersuchungsausschuss Lübcke**

Hätte der Mord an Walter Lübcke verhindert werden können, wenn die Behörden den Mehrfachstraftäter Stephan Ernst noch auf dem Schirm gehabt hätten? Das ist die Kernfrage, der der Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags zum Mord an Walter Lübcke nachgeht. Im Juni 2020 beschloss der Hessische Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Mord an Walter Lübcke. Den Antrag hatten die Fraktionen der SPD, FDP und Linke gemeinsam eingebracht. Neben der Akteneinsicht wurden bereits einige Sachverständige und Zeugen im Ausschuss angehört. Daraus ging die Erkenntnis hervor, dass die Akte von Stephan Ernst vom Verfassungsschutz im Jahr 2015 nicht für jeden Zugriff hätte gesperrt werden müssen. Dadurch konnte der Täter vom Radar der Behörden verschwinden. In den kommenden Monaten werden in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses weitere Zeugen vernommen, unter anderem der Täter Stephan Ernst. Ärgerlich für die Abgeordneten ist jedoch, dass trotz der Freigabe des Oberlandesgerichtes die Akten zum Fall Lübcke nur langsam sowie nach und nach aus dem Innenministerium an den Landtag geliefert werden. Die Informationsbeschaffung verläuft zäh. Aktuelles aus dem UNA Lübcke immer auch unter #UNALübcke.

**Untersuchungsausschuss Hanau**

Die Kernfragen, denen die Abgeordneten in ihren Ermittlungen im UNA Hanau nachgehen, lauten: „Wie konnte es zu dieser Tat kommen?“ und, „Wie können derartige Taten in Zukunft verhindert werden?“ Das Ziel ist es, das Tatgeschehen lückenlos aufzuklären, aber auch das darauffolgende Handeln und mögliche Unterlassen der hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden aufzuklären. Im Dezember 2021 wurden Angehörige vor dem Ausschuss befragt. Die Vernehmungen hätten auf bedrückende Weise deutlich gemacht, welche Verwüstungen der rassistische Terroranschlag vom 19. Februar 2020 im Leben der Angehörigen hinterlassen habe. „Wir haben nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Pflicht zu klären, was in jener Nacht geschah, als neun Leben von einem rechtsextremen Terroristen ausgelöscht wurden. Die Zeugenaussagen haben gezeigt, wie tief das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen bei jenen erschüttert ist, die bis heute um die Opfer des Anschlags trauern müssen“, so die Obfrau des UNA und SPD-Landtagsabgeordnete, Heike Hofmann. Aktuelles aus dem UNA Hanau immer auch unter #UNAHanau.

Die SPD Fraktion informiert am „Runden Tisch Rechtsextremismus“ zu den aktuellen Entwicklungen in den Untersuchungsausschüssen. Es geht unter anderem um den Stand der Aktenzulieferungen, Erkenntnisse aus Zeugenaussagen, politische Einschätzung und auch um besondere Vorkommnisse in Sachen Rechtsextremismus.

# Untersuchungsausschuss Hanau

**18.07.2013**
Ausstellungsdatum Waffenbesitzkarte Standard

**22.07.2019**
Ein 55-jähriger Mann in Wächtersbach schießt aus seinem Auto heraus auf einen 26-jährigen Eritreer und verletzt ihn schwer. Die Polizei gibt später an, er habe aus Fremdenfeindlichkeit gehandelt.

**21.08.2019**
Ausstellungsdatum Feuerwaffenpass

**06.09.2019**
Ausstellungsdatum Waffenbesitzkarte Sport (für Sportschützen)

*Tobias R., offiziell in Hanau beim Wohnsitz seiner Eltern gemeldet*

**11.2019**
Eingang des Briefes vom Täter bei der Bundesanwaltschaft

Tage vor dem Attentat veröffentlicht der Attentäter ein Video (mit eindeutigem rechtsradikalen Motiv)

*Tobias R. wohnte in München und bewahrte dort auch seine Waffen auf, ohne dass er dort offiziell gemeldet war. Die Waffenbehörde des MKK versandte auch die Post für Tobias R. an die Adresse in München.*

**19.02.2020**
**Anschlag in Hanau**

**AB 21:55 UHR**
Beginn des Attentats im Innenstadtbereich Hanaus, drei Tote †††, erschossen in 2 Bars und auf der Straße, Opfer 1, 2 und 3

**GEGEN 22 UHR**
Täter erschießt Opfer 4 †

Danach begibt er sich in den Kiosk 24/7 und erschießt in wenigen Sekunden 3 weitere Menschen, Opfer 5, 6 und 7 †††

Von dort läuft der Täter in die benachbarte Arena Bar und erschießt auch dort 2 Menschen ††, Opfer 8 und 9

Weitere Personen werden durch Schüsse des Täters verletzt

Flucht des Täters vom Tatort

**GEGEN 22:50 UHR**
Eintreffen der Polizeibeamten und des SEK am Wohnort des Attentäters

**GEGEN 3 UHR**
Zugriff auf das Wohnhaus des Attentäters. Er und seine Mutter werden darin tot aufgefunden

**07.07.2021**
Einsetzung des Untersuchungsausschusses durch den Landtag

**14.07.2021**
Konstituierende Sitzung des UNA

**03.12.2021**
Erste öffentliche Sitzung: Vernehmung der ersten Zeugen

**17.12.2021 BIS 21.01.2022**
Vernehmung weiterer Angehöriger

# Untersuchungsausschuss Lübcke

**2009**
Der ehemalige Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz bezeichnet Stephan Ernst in einem Dokument als „brandgefährlich“

**05.06.2015**
Einstellung der Beobachtung Ernsts durch das hessische Landesamt für Verfassungsschutz

**14.10.2015**
Markus H. filmt die Bürgerversammlung in Lohfelden mit Lübcke zum Bau einer Geflüchtetenunterkunft

**SOMMER 2016**
Löschung der Akte von Markus H.

**01.06.2019**
**Mord an Walter Lübcke †**

**15.06.2019**
Festnahme Stephan Ernst

**16.06.2020**
Beginn des Prozesses gegen Stephan Ernst und Markus H. vor dem OLG Frankfurt

**29.01.2021**
Verurteilung von Stephan Ernst wegen Mordes, Verurteilung von Markus H. wegen eines Waffendeliktes

**24.01.2021**
Einsetzung des Untersuchungsausschusses durch den Landtag

**30.01.2021**
Konstituierende Sitzung des Untersuchungsausschusses

**31.03.2021**
Erste öffentliche Sitzung; Befragung von Sachverständigen

**25.06.2021**
Vernehmung der ersten Zeugen

**Bereits fest geplant 2023**

**Februar**
Vernehmung des Innenministers und Ministerpräsidenten Bouffier

**März**
Abschluss der Beweisaufnahme

**Juni**
Beschluss des Abschlussberichts

**Juli**
Vorstellung und Debatte zum Abschlussbericht im Hessischen Landtag

*Zusammengestellt von Michael Gerhardt, Edith Eike, Cord Wilke und Christina Schäfer*

# Das Sicherheitsrisiko

**SPD-LANDTAGSFRAKTION – GÜNTER RUDOLPH**

**GÜNTER RUDOLPH**
ist MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Zu den herausforderndsten Ämtern in der Politik gehört zweifellos das eines Innenministers bzw. einer Innenministerin – ganz gleich ob im Bund oder im Land. Denn der Innenminister bzw. die Innenministerin ist immer das Gesicht der öffentlichen Sicherheit, die Person, die dafür einstehen muss,

**Die fachlichen, aber auch die menschlichen Qualitäten eines Politikers zeigen sich besonders dann, wenn es schwierig wird.**

dass Polizei und Verfassungsschutz das tun, wozu sie da sind – die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

Umso schlimmer ist es, wenn ein Innenminister seinem Amt nicht gewachsen ist – so wie der aktuelle hessische Innenminister Peter Beuth (CDU).

Die fachlichen, aber auch die menschlichen Qualitäten eines Politikers zeigen sich besonders dann, wenn es schwierig wird. Wenn Dinge geschehen sind, die nicht hätten geschehen dürfen. Wenn politische Verantwortung übernommen werden muss. Wenn es gilt, aus Fehlern und Irrtümern zu lernen. Die hessischen Sicherheitsbehörden werden seit langer Zeit immer wieder von Affären und Skandalen eingeholt, die allesamt mit mangelhafter politischer Führung zu tun haben:

- Die vielen Ungereimtheiten beim NSU-Mord an dem Kasseler Bürger Halit Yozgat, dessen Begleitumstände das Landesamt für Verfassungsschutz ins Zwielicht gestellt haben.
- Die Affäre um die Drohschreiben eines angeblichen „NSU 2.0“ an prominente Vertreterinnen der Zivilgesellschaft.
- Die Chats mit rechtsextremen, menschenfeindlichen Inhalten, an denen sich Beamtinnen und Beamte der hessischen Polizei beteiligten.
- Weitere rechtsextreme Chats unter Mitgliedern des Frankfurter SEK, bei dem sich offenbar unbemerkt von den Vorgesetzten eine toxische Korpsmentalität entwickelt hatte.
- Das Versagen des hessischen Verfassungsschutzes bei der Einschätzung der Gefährlichkeit von Stephan Ernst, dem Mann, der als rechtsextremer Gewalttäter bekannt war und dennoch als „abgekühlt“ galt, bis er den Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke erschoss.
- Der kritikwürdige Umgang mit den Hinterbliebenen der jungen Menschen, die am 19. Februar 2020 in Hanau von einem rechtsextremen Terroristen ermordet wurden.

Der Umgang des amtierenden Innenministers mit diesen (und anderen) Affären, Skandalen und Fehlleistungen hat immer eines vermissen lassen: das Gespür für die politische Verantwortung, die ein Minister trägt.

Gerade für die hierarchisch strukturierten Sicherheitsbehörden gilt, dass die politische Führung das Arbeitsklima, das Arbeitsethos und die Motivation der Beamtinnen und Beamten prägt. Anders gesagt: Der Fisch stinkt vom Kopfe. In Hessen mehr als anderswo. ●

Foto: SPD-Landtagsfraktion, Luisa Neurath





**CHRISTOPH DEGEN**
ist Abgeordneter des Hessischen Landtags, Generalsekretär der SPD-Hessen und Vorsitzender des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung.

**LISA GNADL**
ist Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

## Gleichberechtigung und Wertschätzung gegen rechte Gedanken

Was wirklich gegen Rechtsextremismus hilft.

**SPD-LANDTAGSFRAKTION – CHRISTINA SCHÄFER**

Der Kampf gegen rechts beginnt im Kindergarten. „Die Kinder sollen in ihren Tageseinrichtungen emotionale Zuwendung, gleichberechtigten Umgang und soziale Wertschätzung erfahren und so die Grundlage von demokratischen Prozessen verinnerlichen,“ erklärt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Lisa Gnadl. Reine Sozialpolitik wäre gegen rechts nur wenig hilfreich. „Es sind schließlich nicht alle Rechtsradikalen sozial schwach. Rassismus und Antisemitismus findet man in der Mitte der Gesellschaft, unabhängig von Reichtum und Bildungsgrad,“ sagt Gnadl.

Doch um den Rechtsradikalen für immer den Nachwuchs zu entziehen, dürfe die demokratische Erziehung nicht nach der Kita aufhören. „Auch die Schulen müssen Orte der Wertevermittlung sein,“ so Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Werteorientierung für ein antirassistisches und solidarisches Zusammenleben, Demokratiebildung und Medienkompetenz müssen viel stärker auf die Lehrpläne. Die Ausbildung der Lehrkräfte, Materialien und Räumlichkeiten müssen auf dieses Ziel ausgerichtet werden,“ sagt Degen. Die Mitbestimmung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen müsse im schulischen Alltag gestärkt werden. Neben Klassenrat, Mitbestimmung und Wissensvermittlung sollen Kinder lernen, Fake News von seriösen Nachrichten zu unterscheiden sowie Hass und Rassismus in sozialen Medien zu erkennen. „Dafür müssen wir auch die Schulsozialarbeit und die Jugendverbände stärken,“ so Degen.

Lisa Gnadl sieht in Hessen bereits viele gute Projekte und Ansätze von unterschiedlichen Stellen zur Prävention gegen Rechtsextremismus. Ein großes Problem sei jedoch, dass die Förderung des Landes nur an Projekte gebunden sei. So hangelten sich Träger meist von Projekt zu Projekt, um sich finanzieren zu können. „Deshalb brauchen wir, wie andere Bundesländer auch, ein Demokratieförderungsgesetz in Hessen, das dauerhafte Förderungen von Programmen gegen rechts ermöglicht.“ ●



## 15-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus

**1.**
Demokratieerziehung bereits in den Kitas

**2.**
Politische Bildung stärken

**3.**
Eine Sprache, die nicht ausgrenzt oder diskriminiert

**4.**
Lehrstuhl gegen Rassismus einrichten

**5.**
Antidiskriminierungsgesetz für Hessen sowie Einrichtung von dezentralen Antidiskriminierungsstellen

**6.**
Demokratiebericht einführen

**7.**
Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen durch Verstetigung der finanziellen Mittel nachhaltig unterstützen/Demokratiegesetz für Hessen

**8.**
Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung zur Erinnerung an die Opfer von Rechtsextremismus in Hessen

**9.**
Polizei und Sicherheitsbehörden sowie Justiz personell und sachlich besser ausstatten

**10.**
Ein echter Polizeibeauftragter für Hessen

**11.**
Aussteigerprogramme für Rechtsextreme weiter ausbauen

**12.**
Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses konsequent umsetzen

**13.**
Bessere Kontrolle des Verfassungsschutzes

**14.**
Landes-Versammlungsgesetz schaffen

**15.**
Waffenrecht konsequent anwenden – keine Waffen an Extremisten

# Nachrichten

Wahl

## SPD entsendet Peter Fischer und Ajla Kurtović

**DER HESSISCHE LANDTAG HAT ÜBER DIE MITGLIEDER DER 17. BUNDESVERSAMMLUNG ZUR WAHL DER BUNDESPRÄSIDENTIN ODER DES BUNDESPRÄSIDENTEN ABGESTIMMT**

Für die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag werden neben der bisherigen Fraktionsvorsitzenden Nancy Faeser, dem Parlamentarischen dem neuen Fraktionsvorsitzenden Günter Rudolph sowie den Abgeordneten Christoph Degen, Tobias Eckert, Lisa Gnadl, Heike Hofmann, Angelika Löber, Marius Weiß und Turgut Yüksel auch zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in die Bundesversammlung entsandt: Ajla Kurtović und Peter Fischer.

Ajla Kurtović ist die Schwester von Hamza Kurtović, der am 19. Februar 2020 bei dem rassistischen Anschlag von Hanau ermordet wurde. Seither kämpft Ajla Kurtović zusammen mit anderen für eine lückenlose Aufklärung der Tat. Sie engagiert sich bei der Initiative „19. Februar Hanau“. Günter Rudolph sagte dazu: „Wir haben eine moralische und eine politische Pflicht, die Geschehnisse des 19. Februars zu beleuchten, und wollen mit der Entsendung von Frau Kurtović zur Bundesversammlung ein Zeichen gegen Gewalt, Rassismus und Menschenfeindlichkeit setzen.“ ●

**Peter Fischer** ist seit August 2000 Präsident von Eintracht Frankfurt. „Peter Fischer und die Eintracht stehen für Toleranz, Antirassismus, Vielfalt und Meinungsfreiheit – Werte, die wir als SPD-Fraktion teilen“, so Günter Rudolph. Fischer hatte als Vereinspräsident erklärt, dass AfD-Wähler bei der Eintracht unerwünscht seien, und setzt sich für die Angehörigen des Anschlags von Hanau ein. ●

Innovation

## Mobilität der Zukunft

**EINE UMWELTVERTRÄGLICHE VERKNÜPFUNG VERSCHIEDENER VERKEHRSMITTEL WIRD DIE MOBILITÄT DER ZUKUNFT SEIN**

Auf Antrag von SPD und FDP wurde die Enquetekommission „Mobilität der Zukunft 2030“ im Hessischen Landtag eingesetzt. Sie soll bis 2030 ein Konzept für eine zukunftsfähige und klimafreundliche Mobilität erarbeiten. In den ersten Arbeitssitzungen der Kommission wurden zunächst Expertinnen und Experten angehört und so die Herausforderungen der Mobilität unserer Zeit erörtert. Eine große Rolle spielen hierbei die unterschiedlichen Bedingungen in der Stadt und auf dem Land. Während der Wohnraum in den Zentren immer knapper und dadurch teurer wird, der Verkehr immer dichter und die Straßen, Schienen sowie Parkflächen überlastet sind, kämpfen die ländlichen Gebiete darum, nicht vom Verkehrs- und Versorgungsnetz abgehängt zu werden. Es bestehen demnach große Unterschiede in den Anforderungen an Mobilität in der Stadt und auf dem Land.

Die SPD-Fraktion sieht es deshalb als erfreulich an, dass die Enquetekommission den Fokus ihrer Arbeit nicht auf die Verkehrsmittel und ihre Vor- und Nachteile legt, sondern auf das Mobilitätsbedürfnis der Menschen. Die Kommission nimmt die gesamte Situation in den Blick und so könnte eine Lösung für eine zukunftsfähige Mobilität auch eine Änderung des Landesentwicklungsplans sein. Es werden ebenso reglementierende Maßnahmen diskutiert, wie etwa den Individualverkehr durch Einschränkungen und Sanktionen zurückzudrängen. Doch man dürfe nicht aus dem Blick verlieren, dass gerade auf dem Land das Auto für viele Menschen noch unverzichtbar sei, um den Alltag vernünftig zu organisieren. Lösungswege, die die Enquete-Kommission nun in ihren nächsten Sitzungen erarbeiten will, müssen auf einer intelligenten und umweltverträglichen Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel basieren und dennoch die Bedürfnisse der Menschen erfüllen. ●

Foto: Arndt Falter

Verkehrspolitik

## Barcelonas Verkehr als Vorbild für Hessen

**ÖPNV-TICKET STATT ALTES AUTO UND VERKEHRSBERUHIGTE SUPERBLOCKS – VERKEHRSIDEEN AUS SPANIEN FÜR HESSENS ZENTREN MÖGLICH MACHEN**

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag schlägt vor, sich in der Verkehrspolitik für die Metropolen des Landes die katalanische Hauptstadt Barcelona zum Vorbild zu nehmen. „Das Barcelona-Modell ist wegweisend für eine nachhaltige Entlastung der Innenstädte vom Autoverkehr und für mehr Lebensqualität in der Großstadt“, so der verkehrspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Tobias Eckert. Seine Fraktion habe einen Beschlussantrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, insbesondere zwei Bausteine aus dem Konzept der Stadt Barcelona auf ihre Anwendbarkeit in den hessischen Metropolregionen zu überprüfen.

Die eine Maßnahme ist der Tausch von Altautos gegen ein Drei-Jahres-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr: Wer in Barcelona ein altes Fahrzeug mit Verbrennungsmotor abgibt, kann im Gegenzug drei Jahre lang kostenlos den ÖPNV der Stadt benutzen. Der zweite Barcelona-Baustein ist die Einrichtung von so genannten Superblocks: Dabei werden mehrere Häuserblocks zusammengefasst zu einer Zone mit besonderen Verkehrsbeschränkungen. Innerhalb der Superblocks haben Fußgänger und Radfahrerinnen Vorrang, auf zweispurigen Straßen wird dem Autoverkehr eine Spur genommen und auf den verbleibenden Einbahnstraßen gilt ein Tempolimit von 20 Stundenkilometern. Ob die Superblocks sinnvoll in ein örtliches Verkehrskonzept eingebunden werden könnten, müssten die Kommunen entscheiden, so Eckert. „Aber das Land muss die

großen Städte in die Lage versetzen, das Modell zu prüfen und auszuprobieren. Deswegen fordern wir von der Landesregierung, Mittel für die erforderlichen Gutachten und für Versuchsprojekte zur Verfügung zu stellen.“ ●

# Ratgeber
# Sicher durch die dunkle Jahreszeit

Wir geben Ihnen im Folgenden einige hilfreiche Tipps, mit denen Sie potentielle Einbrecher abschrecken und so hoffentlich sicher durch die dunkle Jahreszeit kommen.

**SPD-LANDTAGSFRAKTION – LUISA NEURATH**

Foto: Ulkas, iStock





**Winterzeit ist Einbruchszeit**
Laut Bundeskriminalamt werden Wohnungseinbrüche meist im Winterhalbjahr verübt. Dass es nachmittags so früh dunkel wird, nutzen Diebe gern aus, um ungesehen und ungestört ins Haus zu gelangen.

**Licht machen**
Eine gute Beleuchtung im Außenbereich ist das A und O, denn sie nimmt Einbrechern den Schutz der Dunkelheit und wirkt abschreckend. Zudem erschwert eine möglichst großflächig ausgeleuchtete Fassade es ihnen, unbemerkt ins Haus zu gelangen. Die polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes empfiehlt daher, Bewegungsmelder an allen leicht zugänglichen Eingängen anzubringen. In der Wohnung selbst können Zeitschaltuhren nützlich sein, die unterschiedliche Lichtquellen zu verschiedenen Zeiten steuern. So wird der Eindruck erweckt, dass jemand zuhause ist.

**Sichtschutz hilft Dieben**
Hohe Hecken und Gartenmauern bieten zwar Schutz vor neugierigen Blicken der Nachbarn, aber auch Diebe können sich diesen Sichtschutz zu Nutze machen, um sich zu verstecken und unbemerkt ins Haus zu gelangen. Gleichzeitig können Bäume, Sträucher und Mauern als Kletterhilfen genutzt werden, um höhergelegene Stockwerke zu erreichen oder auf das Dach zu gelangen. Sorgen Sie also am besten für freie Sicht, um Einbrecher von vornherein abzuschrecken.

**Fenster und Türen geschlossen halten**
Eine offene Terrassentür oder ein gekipptes Fenster sind für Einbrecher ein schneller und einfacher Weg ins Haus, auch Dach- oder Kellerfenster sind beliebte Einstiegsmöglichkeiten. Fenster und Türen sollten daher nicht unbeobachtet offen stehen und wenn möglich fest verschlossen sein. Sämtliche Türen, die ins Haus führen, sollten nicht nur zugezogen werden, sondern mit einer doppelten Umdrehung verschlossen werden. Das gilt auch für Türen zur Garage. Verstärkte Beschläge an Fenstern und Türen können für zusätzliche Sicherheit sorgen.

**Rollos nur nachts schließen**
Rollläden vor den Fenstern bieten einen zusätzlichen Einbruchsschutz. Bei längerer Abwesenheit, zum Beispiel während des Urlaubs, sollten sie aber nicht dauerhaft heruntergelassen bleiben – sonst merken Einbrecher schnell, dass zurzeit niemand zuhause ist. Sie können Verwandte, Freunde oder Nachbarn bitten, die Rollos abends herunterzulassen und morgens wieder aufzuziehen.

**Nachbarschaftshilfe**
Ein überquellender Briefkasten oder unberührter Schnee vor dem Hauseingang sind für Diebe leicht zu lesende Anzeichen dafür, dass die Bewohnerinnen und Bewohner schon länger nicht zuhause waren. Sie sollten daher Nachbarn, Verwandte oder Freunde bitten, während Ihrer Abwesenheit ein wachsames Auge auf das Haus zu haben und gegebenenfalls den Briefkasten zu leeren oder Schnee zu schippen.

**Privatsphäre online schützen**
Geben Sie Ihren Wohnort niemals online preis – weder als GPS-Standort für Fotos auf Social Media noch als immer gleicher Start- und Endpunkt beim Teilen der wöchentlichen Jogging-Strecke. Sonst können Einbrecher über Urlaubsfotos herausfinden, dass Sie für längere Zeit nicht zuhause sind, und diese Informationen für ihre Zwecke missbrauchen. Stellen Sie Ihre Urlaubsfotos deshalb auch lieber erst nach dem Urlaub in den sozialen Netzwerken ein. ●

## IMPRESSUM

**HERAUSGEBER**
SPD-Fraktion im
Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden

**V. I. S. D. P.**
Fraktionsvorsitzender Günter Rudolph

**REDAKTION**
Milena Stuhlmann (verantwortlich)
Christina Schäfer
Christoph Gehring
Luisa Neurath
Cord Wilke
Martina Häusl-David
Lätitia Schöninger

**DESIGN**
Manuela Kuhn . manuelakuhn.de

**DRUCK**
Kreisdruck Wiesbaden GmbH
Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden

**BILDER**
Titel-Illustration: iconeo.de
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe:
Archiv der SPD-Landtagsfraktion

**spd-fraktion-hessen.de**

**DER ILLUSTRATOR DIESES HEFTES**
Steffen Kraft alias „ICONEO“ ist ein deutscher Künstler, Illustrator und Designer. In seinen Illustrationen greift er die Probleme unserer modernen Gesellschaft auf. Dabei legt er seinen Fokus auf die Themen Bildung, Kultur, Soziales und Nachhaltigkeit „Mein Ziel ist es, mit einfachen Ideen zu überraschen, zum Nachdenken anzuregen und Menschen dazu zu bringen, über Themen zu diskutieren.“ Steffen Kraft hat Kommunikationsdesign studiert und lebt mit seiner Familie in Wiesbaden.

SPD Fraktion im Hessischen Landtag